

StupaInfo



Informationen aus dem Marburger Studierendenparlament

Protokoll

der I. Vollversammlung der Studierendenschaft der Philipps-Universität Marburg am Mittwoch, den 11. Mai 2006

im Hörsaalgebäude, Audimax, Biegenstr. 14, 35037 Marburg.

ProtokollantInnen: **Kaia Jungjohann, Felix Rensch**

Die Sitzung ist öffentlich.

[Begrüßung]

Die amtierende Präsidentin des 41. Studierendenparlaments, **Julia Becker**, eröffnet um 18.22 Uhr die erste Vollversammlung im Sommersemester 2006 und begrüßt alle Anwesenden.

TOP 1 [Feststellung der weiteren Tagesordnung, Organisatorisches]

Julia Becker gibt bekannt, dass die Tagesordnung leicht geändert wurde. Bevor der Punkt „Studiengebühren“ behandelt werden solle, werde es um eine Resolution gegen die Verlagerung der Studiengänge Osteuropäische Geschichte und Slawistik nach Gießen gehen.

Dieser Antrag sei von Studierenden der Osteuropäischen Geschichte eingebbracht worden.

Des Weiteren werde der TOP 5 nach dem TOP 4 behandelt.

Die geänderte TO sehe wie folgt aus

1. Begrüßung, Tagesordnung, Organisatorisches
2. Resolution gegen die Verlagerung der Studiengänge Osteuropäische Geschichte und Slawistik nach Giessen
 - Esther Abel (Studentin Osteuropäische Geschichte)
3. Aktuelle Situation zu Studiengebühren
 - Roman George (AStA Marburg)
 - Johannes M. Becker (Hochschullehrer)
 - Björn Wortmann (AStA Giessen)

- Andreas Staets (GEW Hessen)
4. Zukünftige Aktionen und Arbeitskreise
 - Kati Müller (Aktionsbündnis gegen Studiengebühren)
 5. Resolution gegen Studiengebühren
 6. Verschiedenes

Es gibt keine Einwände gegen die geänderte TO, sie ist damit angenommen und es wird nach dieser geänderten Form der TO vorgegangen.

Julia Becker macht einige organisatorische Anmerkungen:

1. **Redebeiträge**

- Es stehen zwei Saalmikrofone für Redebeiträge aus dem Publikum zur Verfügung
- Aus Zeitgründen ist die Redezeit auf 3 Minuten beschränkt
- Studierende von Hochschulgruppen werden dazu aufgefordert, ihre Gruppenzugehörigkeit zu nennen, um Transparenz herzustellen
- Aus Zeitgründen haben nur Studierende Rede- und Antragsrecht
- Anträge sollen schriftlich auf einem Antragsformular, dass beim Präsidium abgeholt werden kann, gestellt werden
- Anträge müssen klar formuliert werden, damit sie als Anträge erkenntlich sind
- Die Redeliste wird quotiert geführt

2. **Abstimmungen**

- Grundsätzlich per Handzeichen
- Sollten Mehrheiten unklar sein, ggf. per Hammelsprungverfahren

3. **Tischvorlagen**

- Resolution Osteuropäische Geschichte
- AStA-Resolution Studiengebühren
- Kontaktdata Arbeitskreise

4. **Bescheinigungen**

Die Präsidentin weist darauf hin, dass niemandem durch die Teilnahme an einer VV ein Nachteil entstehen dürfe. Diejenigen, die durch die Teilnahme an der VV eine Lehrveranstaltung verpassen, erhalten am Ende der Veranstaltung beim Präsidium eine Bescheinigung über ihre Teilnahme an der VV.

TOP 2 [Resolution gegen die Verlagerung der Studiengänge Osteuropäische Geschichte und Slawistik nach Giessen]

Julia Becker übergibt das Wort an **Esther Abel**.

Esther Abel weist auf die drastische Studiensituation der Studierenden der Slawistik und Osteuropäischen Geschichte hin und stellt die Resolution gegen die Verlagerung dieser Studiengänge nach Gießen vor:

Wir, die Studierenden der Philipps-Universität Marburg, erklären uns solidarisch und unterstützen voll und ganz folgende Resolution der Fachschaft 06, Geschichte und Kulturwissenschaften:

Wir, die Studierenden des Fachbereichs „Geschichte und Kulturwissenschaften“ halten die Verlagerung der Osteuropäischen Geschichte und der Slawistik in ein noch zu schaffendes „Osteuropazentrum“ in Giessen nach wie vor für einen großen wissenschaftlich-inhaltlichen und strukturpolitischen Fehler und sprechen uns nachdrücklich dagegen aus.

Es gibt keinen, und schon gar keinen finanzpolitischen Grund, bestehende und hervorragend funktionierende Strukturen zu zerschlagen, um sie 35 km weiter mit fragwürdigen Erfolgsaussichten wieder aufzubauen zu versuchen.

Es ist völlig indiskutabel, die Studierenden der genannten Fächer, die mitten im Studium stehen, nach Giessen zu „umzusiedeln“, indem die beiden Institute zum Wintersemester geschlossen werden, obwohl in Giessen nicht annähernd vergleichbare Studienbedingungen herrschen.

Studierende, die nach diesem Vorhaben der Universitätsleitung zum Pendeln gezwungen sind, da ihre Fächerkombination in Giessen nicht studiert werden kann, werden zwangsläufig und ohne eine Alternative in die Situation der „Langzeitstudierenden“ getrieben, da es unmöglich ist, Stundenpläne mehrerer Fächer in zwei Universitäten, die 40 km voneinander entfernt liegen, aufeinander abzustimmen.

Sie sind den StrafgeRudolf- Bultmann- Str.4/ 5106bühren für „Überzieher“ von Regelstudienzeiten mit ungleich höherem Risiko ausgesetzt. Die Schuld hierfür liegt alleine bei der gleichen Instanz, die die Gebühren kassieren wird.

Wir wehren uns entschieden gegen die völlig willkürliche „Zumutbarkeitsklausel“ im hessischen Hochschulgesetz, nach der es zumutbar sei, bei Schließung eines Instituts das Studium an einer Universität in „zumutbarer Nähe“ weiterzuführen.

Im Dienstwagen mag die Nähe an Kilometern zumutbar sein, was Zeit und Unkosten angeht (keine IC-Benutzung mit Giessener Studentenausweis, neue Kopierkarten für Giessen etc.) ist diese Klausel lächerlich.

Die Studienbedingungen auch nur annähernd „vergleichbar“ oder „zumutbar“ zu nennen, entbehrt jeder Grundlage.

In Marburg werden uns Studienbedingungen, deren hervorragende Qualität im In- und Ausland bestätigt wird, genommen, ohne eine Alternative zu bieten.

Das so genannte Osteuropazentrum in Giessen, das nicht einmal über eine Bibliothek verfügt, ist keine Alternative zu Marburg!

Wir wenden uns entschieden gegen diese Verschlechterung, ja, den Diebstahl an unseren Studienbedingungen, denen nun, Welch ein Zynismus, Studiengebühren folgen sollen.

Gegen die Abschaffung der Osteuropäischen Geschichte und Slawistik hier in Marburg!

Gegen die „Zwangsumsiedlung“ in eine Universität mit schlechteren Bedingungen!

Gegen die sinnlose Zerschlagung bestehender Strukturen!

Julia Becker erkundigt sich, ob es Fragen an **Esther Abel** gebe. Es werden keine Fragen gestellt und es wird zur Abstimmung übergegangen:

Ergebnis der Abstimmung:

Eine eindeutige Mehrheit der Studierenden stimmt der Resolution bei keinen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen zu.

Damit ist die Resolution verabschiedet.

TOP 3 [Aktuelle Situation zur Einführung von Studiengebühren in Hessen]

Julia Becker übergibt das Wort an **Roman George** vom Sozialreferat des AStA Marburg.

1. Redebeitrag (Roman George, AStA Marburg)

Nach einem kurzen Überblick über die vergangenen Ereignisse berichtet **Roman George** über die aktuelle Lage zum Thema Studiengebühren:

- Die hessische Landesregierung plane ab dem Wintersemester 2007/08 allgemeine Studiengebühren in Höhe von 500 € pro Semester zu erheben.
- In folgenden Fällen könne die Hochschule bis zu 1.500 € pro Semester verlangen:
 - Studierende aus Nicht-EU-Ländern
 - Zweitstudiengänge (auch nicht-konsekutive Master-Studiengänge)
 - konsekutive Masterstudiengänge (Ab WS 2010/2011)
 - Promotionsstudiengänge
- Bei Überschreitung der Regelstudienzeit um 5 Semester werden zusätzliche 200 € erhoben; bei Überschreitung der Regelstudienzeit ab 6 Semestern zusätzliche 400 €
- Ein Darlehen dürfe in Anspruch genommen werden, werde aber mit bis zu 7,5% verzinst und die Tilgung beginne bereits 2 Jahre nach der letzten Immatrikulation
- Die Verschuldungsobergrenze für Bafög-EmpfängerInnen liege bei 17.000 €
- Keinen Anspruch auf das Darlehen haben:
 - Studierende über 35
 - Studierende ohne deutschen Pass und ohne deutsche

Hochschulzugangsberechtigung

- Studierende, die die Regelstudienzeit um mehr als vier Semester überschritten haben
- Studierende in nicht-konsekutiven Masterstudiengängen
- Eine Befreiung von Studiengebühren erhielten:
 - Studierende mit Kind (einige Freisemester)
 - evtl. Studierende mit chronischen Krankheiten oder Behinderung
 - Die „Leistungselite“ von 5% der Studierenden

Roman weist darauf hin, dass dieses Modell das härteste Studiengebührenmodell in Deutschland sei. Detailänderungen des Modells nützten nichts; Wer ein sozial durchlässiges Bildungssystem wolle, müsse von der Kleinkinderbetreuung bis zur Hochschule auf Gebühren verzichten.

Des Weiteren sagt **Roman**, eine „gerechte“ Finanzierung des Bildungswesens müsse über ein entsprechendes Steuersystem finanziert werden.

Es gibt keine Fragen an **Roman George**.

Julia Becker übergibt das Wort an **Johannes M. Becker**.

2. Redebeitrag (Johannes M. Becker)

Johannes Becker lehrt an der Philipps-Universität Marburg am Institut für Politikwissenschaft und im Zentrum für Friedens- und Konfliktforschung und ist seit 25 Jahren in der Frankreichforschung tätig.

Er stellt die Frage, in welcher Republik wir in Deutschland leben.

Johannes Becker skizziert die Lage Deutschlands mit vier Aspekten.

1. Die BRD ist nun fünf Jahre hintereinander Exportweltmeister, und das nicht nur pro Kopf, sondern auch in absoluten Zahlen.

2. Acht Mio. Menschen leben in Deutschland in Armut und es gibt zu wenig Ausbildungsplätze

3. Trotzdem sei Deutschland die ruhigste Republik der Welt, obwohl es am 01.01.05 starke Einschnitte ins Sozialsystem gegeben habe.

4. Zudem weise die Bundesrepublik den niedrigsten Krankenstand auf, jedoch sei ein starker Anstieg psychischer Erkrankungen zu verzeichnen.

Arbeitslosigkeit mache die Menschen ängstlich, sie versuchten zu sichern was sie haben. Und die acht Mio. Arbeitslosen hätten keine Lobby. Zudem stigmatisierten die Arbeitslosen sich selbst, sie fragten sich, was sie falsch gemacht hätten. In Frankreich dagegen sagten sich die Leute, dass irgendetwas falsch gelaufen müsse.

Die öffentlichen Kassen seien leer, jedoch sei die Republik nicht pleite. Der Staat lasse sich aber jährlich eine Mio. an Steuern entgehen. Es stimme nicht, dass es nichts zu verteilen gebe,

es gebe etwas zu verteilen in diesem Land, und zwar die Erträge der Menschen, die in diesem Land arbeiteten und lebten.

Julia Becker übergibt das Wort an **Björn Wortmann** (AStA Gießen)

3. Redebeitrag (Björn Wortmann, AStA Gießen)

Björn überbringt solidarische Grüße vom AStA Gießen und spricht sich gegen allgemeine Studiengebühren aus. Er ruft zu einer großen Protestbewegung auf und kündigt in diesem Zusammenhang zwei Veranstaltungen in Gießen an:

- Campus Camping: 29.5.-8.6.2006 vor dem Phil I
- KILL BILLdung: Demo am 31.5.2006 um 13.15 Uhr vor dem Uni Hauptgebäude

Es gibt keine Fragen an Björn.

Julia Becker übergibt das Wort an **Andreas Staets**.

4. Redebeitrag (Andreas Staets, GEW):

Andreas berichtet von der LAK, wo derzeit über die Perspektiven der Proteste gegen Studiengebühren beraten werde und überbringt Grüße des Landesvorstandes der GEW Hessen.

Er erzählt, dass die GEW sich für eine soziale und demokratische Gesellschaft einsetze und schon lange in Kooperation mit Studierenden gegen Studiengebühren aktiv sei und macht deutlich, dass eine Gesellschaft davon lebe, dass Bildung eine zentrale Rolle spiele. Es dürfe nicht sein, dass die Möglichkeit, ein Studium aufzunehmen, vom Geldbeutel der Eltern abhänge.

Des Weiteren beschreibt **Andreas** den Umgang der Landesregierung mit der hessischen Verfassung als skandalös. Die Landesregierung wolle durch ein „Gefälligkeitsgutachten“ die Verfassung umgehen. Zu einer Verfassungsänderung gehöre aber eine Volksabstimmung und dazu fehle der Regierung der Mut.

Andreas fordert dazu auf, sich jetzt an Protesten zu beteiligen und die Proteste in den Rest der Republik zu tragen. Die Proteste in den vergangenen Jahren hätten gezeigt, dass es immerhin 13 Jahre gedauert habe, bis ein Gesetzesentwurf zu Studiengebühren auf Tisch gekommen sei, der vorher schon lange in der Schublade gelegen habe.

TOP 4 [Zukünftige Aktionen und Arbeitskreise]

Julia übergibt das Wort an **Kati**, die die Arbeit des Aktionsbündnis gegen Studiengebühren und die Arbeitskreise vorstellt.

TOP 5 [Resolution gegen Studiengebühren]

Julia Becker übergibt das Wort an die AStA-Vorsitzende **Lena Behrendes**.

Nach einer einführenden Rede bringt **Lena Behrendes** die vom AStA vorgelegte Resolution ein:

Die Vollversammlung möge beschließen:

„Für ein gerechtes Bildungssystem - Gegen Studiengebühren!

Die Vollversammlungen der Studierendenschaften der Hessischen Hochschulen sprechen sich für ein gerechtes Bildungssystem und gegen

die Einführung von Studiengebühren aus. Darüber hinaus fordern wir die Rücknahme der bereits existierenden Studiengebühren. Die Hessische Landesregierung muss ihre Verantwortung zur Finanzierung der Hochschulen wahrnehmen. "

„Die Vollversammlung der Studierenden der Philipps-Universität Marburg fordert die Lehrenden, Dekane und staatlichen Prüfungsämter auf, die Studierenden während der Proteste gegen die Einführung von Studiengebühren von Lehrveranstaltungen freizustellen und ihnen durch die Teilnahme an Protesten keine Nachteile entstehen zu lassen.“

Nachdem **Lena Behrendes** die Resolution eingebracht hat, erkundigt sich **Julia Becker**, ob es Fragen oder Anmerkungen zur Resolution gebe.

Ein Mitglied der Fachschaft Medizin äußert sich enttäuscht über die geringe Beteiligung der Studierenden der Medizin an der VV und berichtet, dass er häufig die Meinung gehört habe, dass Proteste nichts ändern würden. Diese Haltung berücksichtige aber nicht, dass nicht alle reiche Eltern hätten, die ihnen ein Studium finanzieren könnten. Seien Studiengebühren erst einmal eingeführt, sei es nur eine Frage der Zeit, dass die Gebühren nach und nach ansteigen. Man solle jetzt enthusiastisch sein und sich an den Protesten beteiligen.

Eine Teilnehmerin spricht einen solidarischen Gruß aus und stellt den Änderungsantrag, dass auch Promotionsstudierende in die Resolution mit aufgenommen werden sollten, da auch sie mit 1500 € belastet werden sollen.

Lena Behrendes antwortet darauf, dass der AStA diesen Änderungsantrag übernehmen werde.

Ein Teilnehmer der VV möchte wissen, warum von Studierenden an hessischen Hochschulen die Rede sei und ob die Resolution auch an anderen Hochschulen verabschiedet worden sei.

Lena Behrendes antwortet darauf, dass geplant sei, diese Resolution von allen hessischen Studierenden verabschieden zu lassen.

Ein weiterer Teilnehmer macht den Vorschlag, nicht nur die Universitätsverwaltung, sondern auch den hessischen Landtag zu blockieren und fragt, warum sich die hessischen ASten nicht vereinigten und auch Oberschüler in die Proteste miteinzubezögen.

Andreas Staets antwortet darauf, dass es eine solche Vernetzung bereits gebe, die sog. Landes-ASten-Konferenz (LAK). In der LAK werde u.a. überlegt, wie Proteste gestaltet werden könnten. Am 18. Juni 2006 finde die erste Großdemo statt, die von der LAK und der GEW gemeinsam organisiert werde.

Eine Teilnehmerin fragt, ob es nicht sinnvoll sei, den gemeinsamen Boykott von Studiengebühren in die Resolution mitaufzunehmen.

Lena Behrendes entgegnet darauf, dass es zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu früh für eine solche Resolution sei, da derzeit alles daran gesetzt werden müsse, allgemeine Studiengebühren zu verhindern.

Die Teilnehmerin möchte weiter wissen, welche Möglichkeiten die Universität habe, einen Boykott von Studiengebühren zu sanktionieren.

Roman George sagt dazu, dass die Uni zwar rechtlich vorgehen könne und z.B. Exmatrikulationen aussprechen könne. Wenn sich aber viele Studierende an einem Boykott beteiligten, werde die Universität aber sicherlich nicht auf solche Sanktionen zurückgreifen.

Eine weitere Teilnehmerin wirft ein, dass auch Eltern mobilisiert werden sollten, da ihre Kinder künftig die von Studiengebühren Betroffenen wären.

Kati schlägt vor, weitere Vorschläge in die vorgestellten Arbeitskreise einzubringen.

Julia Becker stellt fest, dass es keine weiteren Fragen oder Anmerkungen zur Resolution gebe und leitet zur Abstimmung über die geänderte Fassung der Resolution über.

Ergebnis der Abstimmung:

Die Resolution wird mit eindeutiger Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen angenommen.

Damit ist die Resolution verabschiedet.

TOP 6 [Verschiedenes]

Julia Becker weist darauf hin, dass am morgigen Freitag, 12.05.2006, um 13.00 Uhr eine Demonstration gegen Studiengebühren stattfinden werde.

Johannes Grün (Grüne Hochschulgruppe) gibt bekannt, dass der Senat der Universität am Montag um 13.30 Uhr tage und sich möglichst viele an dieser Sitzung beteiligen sollten.

Julia Becker bedankt sich bei allen Anwesenden für die Aufmerksamkeit und beendet die Vollversammlung um 19.59 Uhr.

Für das Protokoll:

gez. **Kaia Jungjohann**

Vizepräsidentin des 41. StuPa

gez. **Felix Rensch**

Vizepräsident des 41. StuPa

Für die Richtigkeit:

gez. **Julia Becker**

Präsidentin des 41. StuPa